

# Das USA-Hilfsprogramm für Südamerika

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **55 (1961)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140580>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Das USA-Hilfsprogramm für Südamerika

Bekanntlich hat Präsident Kennedy ein 500-Millionen-Dollar-Hilfsprogramm für Südamerika in Aussicht genommen und sogar die Zustimmung des Kongresses dafür gewonnen. In einer Rede an die südamerikanischen Diplomaten (13. März 1961) sprach er im Weißen Haus von «der Freiheit und Glorie der beiden Amerika, dem Kampf für die Freiheit und Würde des Menschen» und der Pflicht der USA, der Welt zu zeigen, daß «das ungestillte Verlangen der Menschen nach wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit am besten erfüllt wird von freien Menschen im Rahmen demokratischer Institutionen».

Bei uns hat man wenig davon gehört, was die Kenner südamerikanischer Verhältnisse von den Plänen Kennedys halten. Um so aufschlußreicher ist ein Brief, den das «*Wallstreet Journal*» (3. Mai 1961) unter dem Titel «Hilfe an Lateinamerika» veröffentlicht. Der Autor, der Südamerika aus jahrelangem Aufenthalt kennt, äußert sich wie folgt zu den Sicherungen für die richtige Anwendung der Hilfe:

«Nun zu den Reformen, die wir als Gegenleistung für unsere Hilfe verlangen. Die kleine, reiche herrschende Klasse der lateinamerikanischen Länder wird das Aufkommen eines gebildeten selbstbewußten und sich selbst erhaltenden Bürgertums niemals dulden.

Es ist eine Tatsache, und wir müssen uns darüber ganz klar sein, daß die herrschende Schicht der lateinamerikanischen Länder keine Gesetze für die soziale Besserstellung des Volkes einführen wird oder sie nicht zur Anwendung bringt, falls sie solche zum Schein annimmt. Sie werden uns um Geld anbetteln und drohen, dessen können wir gewiß sein, daß sie sich an Rußland wenden, wenn wir nicht herausrücken mit den Dollar. Aber sie werden den unteren Schichten der Bevölkerung keine Chance geben, wenn sie es verhindern können. Der größte Teil der Gelder, falls sie welche erhalten, wird in den Taschen korrupter Politiker verschwinden oder in pompösen öffentlichen Bauten, schönen Boulevards usw. angelegt werden, während das Volk weiter in Unwissenheit, Schmutz und Elend verkommt.

Peru hat — dies möge zur Illustration dienen — schon jetzt eine Sozialgesetzgebung, die weit über das hinausgeht, was wir in den USA besitzen. *Diese Gesetze stehen nur auf dem Papier.* Ich stellte diese Tatsache in der dortigen Universitätsbibliothek fest. Wenn ich darnach auf die Straße ging und all das Elend um mich sah und mich meinen peruanischen Freunden gegenüber dazu äußerte, so bekam ich zur Antwort: Aber wir haben ja alles in unseren Gesetzbüchern. Was will man mehr? Eine alte, aus Spanien stammende Tradition will eben, daß man die Gesetze zwar respektiert, doch sie zu befolgen, ist man nicht gehalten.

Ein Faktor, der nicht wenig zur Rückständigkeit der lateinamerikanischen Länder beiträgt, ist dies: Wer auch nur einen Tropfen spanisches Blut in seinen Adern hat, betrachtet sich als Gentleman und ein Gentleman arbeitet nicht!

Die Landreform bringt weitere schwierige Probleme mit sich, denn in all diesen Ländern, ganz besonders aber in Bolivien und Peru stößt man dabei mit der Katholischen Kirche, dem mächtigsten Grundbesitzer, zusammen. In Peru besitzt die Katholische Kirche mehr als die Hälfte des besten Farmlandes und verpachtet es zu sehr harten Bedingungen an die Bauern. Sie müssen Saatgut, Dünger, Werkzeug stellen und die Arbeit leisten. Dafür dürfen sie die Hälfte der Ernte behalten und davon auch Steuern bezahlen, während die Kirche für ihren Anteil steuerfrei ausgeht.» Soweit der Brief an das «Wallstreet Journal».

Wohl hat Kennedy den südamerikanischen Diplomaten erklärt, daß «nur sie allein ihre Hilfsquellen einsetzen, ihre Bevölkerung zu einer großen Anstrengung aufrufen und ihre sozialen Verhältnisse so umgestalten können, daß alle und nicht nur ein paar Privilegierte die Früchte des Wachstums teilen. Nur wenn sie (die herrschenden Schichten) sich dazu aufrufen, wirke Unterstützung von außen als Anstoß zum Fortschritt, ohne diese Umstellung könne auch die umfangreichste Hilfe die Wohlfahrt des Volkes nicht fördern.»

In der Juninummer der «*Monthly Review*» sieht auch ein anderer Kenner südamerikanischer Verhältnisse, *Leo Huberman*, voraus, daß das Hilfsprogramm Kennedys nicht leisten wird, was man von ihm erwartet. Die Reformen, die der Präsident verwirklicht sehen möchte, das heißt bessere Nutzung des Bodens, höhere und mannigfaltigere landwirtschaftliche Produktion, Schulung und ärztliche Betreuung der Bevölkerung und menschenwürdige Wohnstätten, die Besserstellung *aller* Volksklassen usw. Alle diese Forderungen werden Wunschträume bleiben und *das Volk wird weiter hungern*, solange die beiden entscheidenden Machtgruppen — die Großgrundbesitzer und die ausländischen, meist amerikanischen, Korporationen nicht entmachtet und der wirtschaftliche und soziale Aufbau dieser Länder nicht radikal umgestaltet werden.

Es bedürfte dazu einer *echten* Gut-Nachbar-Politik der USA und eines Präsidenten Roosevelt, der den großen Korporationen entgegentrat und auch der Entwicklung in Kuba eine für Amerika und Castros Insel vernünftige Wendung gegeben hätte.

## Die Jahresversammlung

der Religiös-sozialen Vereinigung und der Vereinigung Freunde der «Neuen Wege» fand am 7. Mai im «Haus zum Korn» statt und war mit etwa 60 Personen gut besucht. Im Mittelpunkt stand ein Referat von Nationalrat Dellberg, Siders: «Aufrüstung oder soziale Sicherheit.» Dellberg ist ein Kämpfer auf dem Gebiet der praktischen Politik, und so bekamen wir einen aufschlußreichen Einblick in das aus Ziffern bestehende Rüstzeug, mit dem er und seine Freunde im